

Florian Coulmas

Japans Atompolitik: Doppelzüngig und geschichtsvergessen

Derzeit erlebt nicht nur die Atomkraft, sondern auch die atomare Rüstung eine Renaissance – den bisherigen Atomkatastrophen sowie der verheerenden Zerstörungskraft atomarer Bomben zum Trotz.¹ Vor diesem Hintergrund findet die erste Überprüfungs-konferenz des UN-Vertrags zum Verbot von Atomwaffen (VVA) vom 22. bis 24. März in Wien statt, wo die Unterzeichnerstaaten weitere Schritte zur Implementierung des Vertrags beraten wollen. Im Gedenken an die Zerstörung Hiroshimas und Nagasakis wie auch des Reaktorunfalls in Fukushima vor genau elf Jahren betrachtet die japanische Anti-Atom-Bewegung den Vertrag als Schritt in die richtige Richtung in einer Welt, in der viele Entscheidungsträger angesichts von Klimawandel und zunehmender Polarisierung Atomkraft für unverzichtbar halten.

Der 2017 ausgehandelte und von der UN-Vollversammlung mit großer Mehrheit verabschiedete Vertrag trat am 22. Januar 2021 in Kraft, als ihn 51 der 122 Unterzeichnerstaaten ratifiziert hatten. Aus Sicht der Initiatoren stellt er einen ersten Schritt hin zu einer atomwaffenfreien Welt dar. Der VVA verbietet nicht nur den Einsatz von Atomwaffen, sondern auch deren Entwicklung sowie das Testen und den Besitz derselben. António Guterres, der UN-Generalsekretär, begrüßte ihn als würdige Fortsetzung des Vertrags über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen (NVV) aus dem Jahr 1970. Die Welt werde vor dem Einsatz von

Atomwaffen erst sicher sein, wenn es sie nicht mehr gäbe, betonte Guterres damals.²

Heute ist es schwer, Guterres' Hoffnung auf eine atomwaffenfreie Zukunft für realistisch zu halten. Dafür verantwortlich sind die fünf offiziellen Atommächte, USA, Russland, Großbritannien, Frankreich und China, sowie ihre vier De-facto-Kollegen, Indien, Pakistan, Nordkorea und Israel. Sie argumentieren nach wie vor, dass das Gleichgewicht des Schreckens seit Ende des Zweiten Weltkriegs und während des Kalten Krieges gut funktioniert habe. Ein vorgeschoßener Einwand, erwidern die VVA-Befürworter, der nur dazu diene, die dominante Stellung der Atommächte in der Welt zu sichern.

Als Nato-Mitglied hat die Bundesrepublik den Vertrag weder unterzeichnet, noch war sie an den Verhandlungen beteiligt. Dennoch will sie – und hier zeigt sich die Handschrift der neuen Regierung – zur Konferenz in Wien einen Beobachter schicken. Im Koalitionsvertrag heißt es dazu vorsichtig: „Im Lichte der Ergebnisse der Überprüfungs-konferenz des NVV und in enger Absprache mit unseren Alliierten werden wir als Beobachter (nicht als Mitglied) bei der Vertragsstaatenkonferenz des Atomwaffenverbotsvertrages die Intention des Vertrages konstruktiv begleiten.“³ Auch das Nato-

1 Vgl. Angelika Claußen, Mit „grünen“ AKWs zu neuen Atomwaffen, in: „Blätter“, 2/2022, S. 97-99.

2 António Guterres, Remarks on the International Day for the Total Elimination of Nuclear Weapons, www.un.org, 26.9.2017.

3 Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP, www.bundesregierung.de, S. 145.

Mitglied Norwegen entsendet einen Beobachter ebenso wie Schweden, Finnland und die Schweiz, die dem Bündnis nicht angehören.

Wie Italien, Belgien und die Niederlande ist Deutschland nur eine „passive“ Atommacht, die auf ihrem Territorium einsatzbereite Atomwaffen anderer Atommächte lagert. Dem VVA beizutreten, hätte weitreichende Konsequenzen für die Nato, der die Bundesrepublik seit bald 67 Jahren angehört. Als Beobachter an der VVA-Konferenz teilzunehmen, ist daher ein politisches Signal, das nicht nur Wohlgefallen erregt, insbesondere nicht in Washington – vor fünf Jahren hatte die damalige US-Regierung unter Präsident Barack Obama aktiv gegen den Vertrag Stellung bezogen. Präsident Biden hält allem Anschein nach an dieser Politik fest. Im Januar dieses Jahres hat die US-Regierung gemeinsam mit den anderen vier offiziellen Atommächten und Urhebern des Vertrags über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen eine Erklärung veröffentlicht, nach der sich die fünf Mächte ihrer Verantwortung bewusst seien und Atomwaffen nur für defensive Zwecke und zur Verhinderung eines Atomkriegs besäßen. Der Atomwaffenverbotsvertrag wird in der Erklärung nicht erwähnt.⁴

Wie ist die Haltung Japans in dieser Frage? Japan ist wie die Bundesrepublik ein enger Verbündeter der USA und hat sich deshalb bisher von allen VVA-Verhandlungen ferngehalten. Ohne die Zerstörung Hiroshimas und Nagasakis im August 1945 gäbe es jedoch die Bestrebungen um nukleare Abrüstung vermutlich gar nicht.

Aus diesem Grund stellt der VVA die japanische Regierung vor ein Dilemma. Während sie aufgrund der atomaren Zerstörung von Hiroshima und Nagasaki, der damals mehr als 200000 Menschen zum Opfer fielen, ein star-

kes Interesse an atomarer Abrüstung hat, wäre eine solche Politik mit den Interessen ihrer Schutzmacht USA schwer zu vereinbaren. Tokios Haltung zu der VVA-Konferenz lässt daher die Doppelzüngigkeit der japanischen Atompolitik deutlich werden.

Atompolitik im Hinterzimmer

Anfänglich folgte die japanische Atompolitik einer von Präsident Dwight D. Eisenhower für die USA vorgegebenen Leitlinie. Die 1953 initiierte Propagandakampagne *Atoms for Peace* sollte die Befürchtungen der amerikanischen Bevölkerung hinsichtlich atomarer Aufrüstung durch das Versprechen der friedlichen Nutzung der Atomkraft beschwichtigen. Japan adaptierte dieses Vorhaben für sich, um selbst eine friedliche Atommacht zu werden. Schon 1954 wurden 230 Mio. Yen im Staatshaushalt für Atomenergie eingeplant. 1963 nahm das erste Atomkraftwerk, Tōkai, seinen Betrieb auf. Danach vergingen noch acht Jahre, bis ein japanischer Regierungschef es zum ersten Mal der Mühe wert fand, an den Gedenkfeierlichkeiten in Hiroshima teilzunehmen.

Für diese Prioritätensetzung ist vor allem die amerikanische Besatzungszeit von 1945 bis 1952 verantwortlich. Während dieser Jahre unterlag alles der Zensur, was mit der Bombardierung Hiroshimas und Nagasakis zu tun hatte, und auch danach wurden die zwei Bombenabwürfe lange Zeit weitgehend ausgeblendet. Tokio hatte beschlossen, lieber mit den Wölfen zu heulen als gegen sie. Wie der ganze Pazifische Krieg wurde die Zerstörung Hiroshimas und Nagasakis oft wie eine Naturkatastrophe behandelt – höhere Gewalt, wie ein Erdbeben –, während Fragen nach Schuld und Verantwortung eher hintangestellt wurden.

Der in der Nachkriegszeit von amerikanischer Seite verbreiteten und inzwischen weithin akzeptierten Dar-

⁴ Joint Statement of the Leaders of the Five Nuclear-Weapon States on Preventing Nuclear War and Avoiding Arms Races, www.whitehouse.gov, 3. Januar 2022.

stellung, nach der die Atombomben die Waffen endlich zum Schweigen gebracht und weitere Kriegsopfer verhindert hätten, ist die japanische Regierung nie offiziell entgegengetreten, noch hat sie je einen Versuch unternommen, von einem Gericht klären zu lassen, ob eine Kriegshandlung mit so vielen wissentlich verursachten zivilen Opfern ein Kriegsverbrechen war, obwohl das nahegelegen hätte. Japan war im Sommer 1945, wie man auf beiden Seiten wusste und wie auch amerikanische Militärhistoriker wiederholt bestätigt haben, geschlagen und die Kapitulation des Landes war nur eine Frage der Zeit. Der Abwurf der Atombomben erfüllte keinen strategischen Zweck im Krieg gegen Japan mehr, sondern diente vor allem als Warnschuss an die Adresse Moskaus und war als solcher Aufpunkt des Kalten Krieges.

Im Laufe des Kalten Krieges, als die nukleare Aufrüstung rapide zunahm, verpflichtete sich die japanische Regierung auf die „drei nicht-nuklearen Prinzipien“, nach denen Japan keine Atomwaffen herstellen, besitzen oder lagern darf. Zuerst 1959 von Premierminister Nobusuke Kishi formuliert, wurden diese Prinzipien 1967 von dessen Bruder Eisaku Sato (Premierminister von 1964 bis 1972) dem Parlament vorgelegt. Denn die japanische Bevölkerung stand dem Ausbau der Atomindustrie ebenso wie dem Militärbündnis mit den USA mehrheitlich ablehnend gegenüber. Die drei Prinzipien, die aus heutiger Sicht ironischerweise mit jenen des VVA übereinzustimmen scheinen, hinderten die Regierung jedoch nicht daran, Washington im Jahr 1960 in einem Geheimabkommen, das der Bevölkerung bis 1972 verborgen blieb, die Stationierung von Atomwaffen zuzugestehen. Diese Widersprüchlichkeit prägte Japans Atompolitik von Beginn an: Tokio verbündete sich mit der ersten und nach wie vor größten Atommacht der Welt, die in Hiroshima und Nagasaki gezeigt hatte, was Atomwaffen anzurichten in der Lage sind.

Die sich angesichts dieser Widersprüchlichkeit in Japan formierenden Proteste gegen Atomkraft und Atomwaffen verhallten in den vergangenen Jahrzehnten weitgehend, woran sich bis heute wenig geändert hat.

Siamesische Zwillinge

Von dem 1970 mit dem Nobelpreis ausgezeichneten schwedischen Physiker Hannes Alfvén stammt die Bemerkung: „Atome für den Frieden und Atome für den Krieg sind siamesische Zwillinge.“⁵ Japan verfügt schon lange über den vollständigen nuklearen Brennstoffkreislauf sowie über alle relevanten Industrien, um Atomwaffen herzustellen. Dessen sind sich viele Menschen in Japan bewusst – ebenso wie der Tatsache, dass sie in unmittelbarer Nachbarschaft von drei ihnen nicht besonders wohlgesinnten Atommächten leben: China, Russland und Nordkorea. Nicht trotzdem, sondern ebendeshalb engagieren sie sich gegen beide nuklearen siamesischen Zwillinge, finden aber in Tokio selten Gehör. Seit dem großen ostjapanischen Erdbeben und dem dadurch ausgelösten Reaktorunfall in Fukushima im März 2011 ist die Anti-Atom-Bewegung in Japan stärker und in vieler Hinsicht zur treibenden Kraft der sich herausbildenden Zivilgesellschaft Japans geworden. Nicht immer sind es große Demonstrationen, aber noch zehn Jahre nach dem Erdbeben demonstrierten Aktivisten allwöchentlich am Samstag vor dem Amtssitz des Premierministers in Tokio.

Unter Premierminister Shinzo Abe stimmte Japan 2016 gegen die Resolution der UN-Generalversammlung, die das Mandat zur Aufnahme von Verhandlungen über den VVA festlegte. An dieser Politik hielt auch Abes Nachfolger Yoshihide Suga fest. Auf einer Pressekonferenz nach der Gedenk-

⁵ Zit. nach Charles D. Ferguson, Nuclear Energy, Oxford, 2011, S. 32, Übersetzung d. A.

feier in Hiroshima im August 2021 erteilte er der von Hiroshimas Bürgermeister erhobenen Forderung, die japanische Regierung solle den bahnbrechenden Vertrag unterzeichnen und atomare Abschreckung durch Diplomatie ersetzen, eine klare Absage: Japan werde dem VVA „angesichts der ernsten Sicherheitslage“ nicht beitreten.

Für eine Welt ohne Atomwaffen

Wieder ein Jahr später, einen knappen Monat nach dem Amtsantritt des heutigen Premierministers Fumio Kishida im Oktober 2021, wurden die Bürgermeister Tomihisa Taue und Kazumi Matsui von Nagasaki bzw. Hiroshima bei ihm in Tokio vorstellig, um darauf zu drängen, dass Japan einen Beobachter nach Wien schickt. Die Bürgermeister der beiden Städte vertreten praktisch immer Positionen, die denen der Regierung konträr sind. Die Regierung wird nicht müde, daran zu erinnern, dass Japan „das einzige Land“ sei, das nukleare Zerstörung erlitten hat, und zu beteuern, dass sie sich nichts mehr wünscht als eine atomwaffenfreie Welt. Ebenso beständig ignoriert sie freilich die Tatsache, dass nicht das Land, sondern die beiden Städte der Bombardierung zum Opfer fielen, sowie alle politischen Empfehlungen aus Hiroshima und Nagasaki. In diesem Fall fühlten sich die Bürgermeister freilich durch zweierlei ermutigt; erstens dadurch, dass Premier Kishida aus einem Wahlkreis in der Präfektur Hiroshima ins Parlament gewählt wurde und deshalb der Sichtweise Hiroshimas vielleicht mehr Verständnis entgegenbringen würde, und zweitens durch die öffentliche Meinung.

Aber die beiden Bürgermeister hatten in Tokio auch diesmal keinen Erfolg; denn die guten Beziehungen zum amerikanischen Verbündeten, der den Schirm der nuklearen Abschreckung über sie hält, ist für die Regierung von alles überragender Bedeutung. Die

Mehrheit der Parlamentsabgeordneten folgt der Regierung in dieser Frage, obwohl sie damit im Gegensatz zur Meinung breiter Kreise der Öffentlichkeit steht. Allein die buddhistische Komeito-Partei, die als Juniorpartner in der Regierung sitzt, hat sich dafür ausgesprochen, einen Beobachter zur Konferenz nach Wien zu schicken. Mit nur 57 der mehr als 700 Sitze der beiden Parlamentskammern ist ihr Einfluss aber gering. Kishidas Liberaldemokratische Partei könnte auch ohne sie regieren, und unter deren Abgeordneten gibt es keine Mehrheit für die Unterstützung des VVA.

Atombombenopferorganisationen haben 13 Mio. Unterschriften gesammelt und über NGOs wie die Nagasaki-Stiftung zur Förderung des Friedens und ICAN Japan – der japanische Zweig der *International Campaign to Abolish Nuclear Weapons* –, sowie über Vertreter ihrer Städte wiederholt dafür plädiert, dem AVV beizutreten. Mit der öffentlichen Meinung wissen sie sich einig – zwei Drittel der Bevölkerung sind dafür, dem Vertrag beizutreten, und nur 17 Prozent dagegen.

Doch die Kluft zwischen Regierung und Bevölkerung ist nicht zu übersehen. Dennoch hoffen die Vertragsbefürworter in Japan, dass der Vertrag langfristig auch im eigenen Land zu einer Ächtung von Atomwaffen führt. Die Bürgerinnen und Bürger Hiroshimas und Nagasakis versuchen, die Erinnerung an die Zerstörung ihrer Städte wachzuhalten. Sie hoffen, dass die Regierung in Tokio ihren hehren Bekennissen für eine atomwaffenfreie Welt eines Tages auch Taten folgen lassen wird. Denn mit ihren Erfahrungen fordern sie eindringlich dazu auf, die Welt von dieser apokalyptischen Bedrohung zu befreien: Sie erinnern daran, dass Atomwaffen auch 77 Jahre nach Hiroshima und Nagasaki einzigartig in ihrer Zerstörungskraft und in ihrer Fähigkeit sind, Leid über die Menschheit zu bringen.